

## Die Menschen wollen mitreden

**Kommentar der Woche:** Das Gesetz zum Kohleausstieg ist beschlossene Sache. Gut so. Trotzdem bleiben in der Lausitz Fragen offen. Welche sind das?

Abraumhalde. Foto: DarkWork/CCD

Von Matthias Scheufele

Das Gesetz zum Kohleausstieg vom 3. Juli 2020 erfüllt den Willen unserer Landessynode, die sich schon im Frühjahr 2009 für den „Einstieg in den Ausstieg der Braunkohleverstromung in der Lausitz“ ausgesprochen hat. Es wirft aber auch Fragen auf.

Einerseits gibt es Klarheit über den Ausstiegspfad aus der Kohle, andererseits droht die Zusage der für den Strukturwandel dringend benötigten Mittel die Lausitz zu entzweien. Bisher ist die Wirtschaftsregion Lausitz eine gemeinsame Einrichtung Brandenburgs und Sachsens, könnte bald aber nur noch von Brandenburger Landkreisen und Cottbus getragen werden. Sachsen gründet eine eigene Agentur für Strukturentwicklung. Offenbar sollen wichtige Entscheidungen für die Wirtschaft und Infrastruktur top down, also von oben herab, getroffen werden, ohne die Zivilgesellschaft mit ins Boot zu holen. Der Wandel kann aber nur mit den Menschen gelingen. Beharrlich fragen sie nach der Um-

planung des Tagebaus Welzow-Süd, weil nun in Brandenburg kein Dorf mehr aufgegeben werden soll. Wie sieht es dagegen in Sachsens Mühlrose aus, wo Umsiedlungen im Gange sind, obwohl dafür kein Bergrecht existiert? Wird der dortige Friedhof wieder umgebettet oder kann das Dorf gerettet werden? Es stellen sich Fragen nach dem Wassermanagement. Wer trägt die Kosten, wenn Grundwasser aus aufgegebenen Gruben dauerhaft abgepumpt werden muss? Was hilft gegen die Verockerung der Spree und wer bezahlt das? Eine Bürgerregion wird benötigt, um bottom up, von unten her, den Strukturwandel der Wirtschaftsregion zu begleiten. Sie ist auch da gefragt, wo sich die Lausitz als Energieregion neu erfindet und Arbeitsplätze in der Industrie (zum Beispiel zur Gewinnung von grünem Wasserstoff), in der medizinischen Forschung und im Tourismus schafft.

Brandenburg sollte den Beirat einberufen, der im Koalitionsvertrag steht. Er sollte ihn aus kommunalen Vertretern und lokalen Akteuren der Bürgerregion zusammensetzen, die lokale Identität

und kulturelle Vielfalt aktiv fördern und sicherstellen, dass Mittel aus dem Strukturstärkungsgesetz auch für regionale Vereine, Verbände und Kirchen fließen.

Ist es nicht die Kirche, die Zeichen der Einheit zu setzen vermag, weil sie in den Städten und Dörfern der Lausitz für die Menschen da ist und ihnen auf Deutsch und auf Sorbisch das Evangelium bekennt? Für ihren Dienst braucht sie Menschen, die sie im Gebet und persönlich begleiten – auch indem sie sich auf freie Stellen berufen lassen. Sie können gewiss sein, dankbar und freudig aufgenommen zu werden.

Was ist aber mit den Menschen, die vom Bergbau leben? Wie kann dem Loslassen von der Kohle Ausdruck verliehen werden? Das wird sehr verschieden sein. Da gibt es einen Kumpel, der in seiner Doppelgarage an gefalteten Wänden Werkzeuge, Kunstwerke, Urkunden und Bilder aus dem Bergbau ausstellt. Es ist ein Museum, nicht für die Augen der Öffentlichkeit bestimmt, das ihm Erinnerung, Stütze und Aufgabe bietet, um seinen Abschied von der Kohle zu gestalten.

Ein anderer hat sich ein Rennrad gekauft und ist im vorzeitigen Ruhestand mit Freunden zusammen unterwegs. Nicht alle schaffen das. Mancher greift zur Flasche, macht sich Sorgen und fragt, wie teuer der Strom noch wird und ob er bald ganz ausfällt. Damit nicht Vor- und Fehlurteile um sich greifen, geht es darum im Gespräch Lösungen zu suchen. Die Kirche mit ihren treuen und engagierten Gemeindegliedern kann Räume öffnen, weil sie auf Gott vertraut, der nicht den Geist der Furcht gegeben hat, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.



Matthias Scheufele ist Pfarrer und leitet das Zentrum für Dialog und Wandel in der Lausitz in Cottbus.

Foto: privat